

Beschluss (vorläufig) 6. Gerechte Bildung – Innovative Wissenschaft

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt:

Text

1 Die richtigen Töne treffen, komplizierte Rechnungen lösen oder besonders schnell
2 rennen können: Jeder Mensch hat individuelle Begabungen, aber auch Bedürfnisse.
3 Deshalb bedeutet gute Bildung für uns GRÜNE, den Menschen mit seinen Stärken und
4 Schwächen gleichermaßen zu fördern, und zwar unabhängig vom Einkommen und
5 sozialer Herkunft. Unser Motto ist Lernen ein Leben lang – von der Kita über die
6 Schule, die Ausbildung und das Studium bis hin zu Angeboten für Erwachsene.

7 Durch Ganztagschulen, bessere Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte und
8 Förderung von Weiterbildung möchten wir Lernorte schaffen, die individuelle
9 Bedürfnisse erkennen, fördern und auch das Miteinander stärken. Wir wollen faire
10 Bildungschancen, die niemanden zurücklassen. Schüler*innen müssen beispielsweise
11 Laptops und Tablets in der Schule ausleihen können, ohne etwas dafür zu
12 bezahlen. Grüne Bildungspolitik steht für Verlässlichkeit, Vielfalt, Offenheit
13 und Gerechtigkeit. Alle Menschen sollen das lernen können, was sie zur Teilhabe
14 befähigt und ihnen ein erfülltes Leben ermöglicht.

15 Eine inklusive Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der wir miteinander
16 solidarisch sind und uns füreinander einsetzen – unabhängig von Geschlecht,
17 Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit oder Behinderungen. Daher brauchen wir
18 ein inklusives Bildungssystem, das Vielfalt als Chance erkennt und eine
19 Bildungspolitik, die eine inklusive Gesellschaft fördert. Bildungsangebote und -
20 einrichtungen müssen barrierefrei zugänglich sein. Gute Bildungschancen in allen
21 Bereichen dürfen nicht vom finanziellen Rahmen oder der Herkunft der Eltern
22 abhängen. Von der Kita bis zum Master ist Bildung in Rheinland-Pfalz kostenfrei
23 - das muss in Zukunft auch für die Meisterausbildung gelten.

24 Bildung soll zu verantwortungsvollem Denken und Handeln befähigen. Deshalb
25 setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den
26 Schulen, der außerschulischen Bildung, in Kitas, Hochschulen, der Beruflichen
27 Bildung und Weiterbildung zu stärken.

28 Kita: Kinder fördern – Eltern entlasten – Erzieher*innen wertschätzen

29 Neben Zeit mit ihren Kindern wünschen sich Eltern in erster Linie Entlastung.
30 Entlastung bedeutet das gute Gefühl, dass Kinder in den Kindertagesstätten
31 bestens umsorgt werden. Entlastung bedeutet, dass Eltern ihr Familienleben nah
32 am Kind und an den eigenen Bedürfnissen gestalten können. Dafür sind gute
33 frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote eine zentrale Voraussetzung.
34 Rheinland-Pfalz nimmt hier unter den westdeutschen Ländern einen Spitzenplatz
35 ein. Damit das so bleibt, wollen wir GRÜNE unsere Angebote weiter verbessern.
36 Denn wir wollen Eltern entlasten, Kinder individuell fördern und Erzieher*innen
37 wertschätzen. Der Kitabesuch soll weiterhin gebührenfrei sein.

38 Gute Kitas

39 Mit dem neuen Kita-Gesetz ist es uns gelungen, eine zukunftsweisende Grundlage
40 für die frühkindliche Bildung und Betreuung zu legen. Mit dem neuen Gesetz haben
41 alle Eltern einen Rechtsanspruch auf eine 7-Stunden Betreuung ihrer Kinder, wozu
42 ein gesundes Mittagessen gehört. Wir GRÜNE setzen uns weiter für den
43 bedarfsgerechten Ausbau des Ganztagsangebots in den Kitas als einen wichtigen
44 Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und unterstützen
45 eine bedarfsgerechte Betreuung, die auch Modelle für Schichtarbeitende
46 berücksichtigt, wie beispielsweise 24-Stunden-Kitas. Wir unterstützen den
47 Aufbau der Kita-Sozialarbeit.

48 Die Entlastung der Fachkräfte kommt den Familien zugute: Die Arbeit der
49 Erzieher*innen haben wir durch einen verbesserten Betreuungsschlüssel
50 erleichtert und den Kindern somit wertvolle Zeit mit ihren Erzieher*innen
51 geschenkt. Den Betreuungsschlüssel für unsere Kleinsten wollen wir weiter
52 verbessern, damit kleinere Gruppen realisiert werden können.

53 Die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung soll überall zur
54 Regel werden. Dazu haben wir vor, die Kitas mit dem entsprechenden Personal und
55 der nötigen Infrastruktur auszustatten. Multiprofessionelle Teams sind hier ein
56 wichtiges Instrument, das wir fördern wollen.

57 Erzieher*innen und Sozialassistent*innen verdienen mehr

58 Wie wichtig Erzieher*innen und Sozialassistent*innen für Kinder, Eltern und
59 Arbeitgeber*innen sind, ist im Zuge der Kita-Schließungen aufgrund der Corona-
60 Pandemie mehr als deutlich geworden. Einfach nur „Danke“ sagen, reicht nicht. Es
61 ist an der Zeit, die Fachkräfte finanziell besserzustellen, denn Erzieher*innen
62 und Sozialassistent*innen haben mehr verdient. Wir werden uns nachdrücklich für
63 eine bessere Bezahlung einsetzen und zwar von Beginn der Ausbildung an.

64 In Rheinland-Pfalz haben wir bereits mit dem Ausbau der berufsbegleitenden
65 Ausbildung zur Erzieher*in begonnen. Das reicht uns jedoch nicht. Wir wollen
66 eine flächendeckende, vergütete Ausbildung zur Erzieher*in und
67 Sozialassistent*in. Nur so können wir das Personal gewinnen, um das Niveau
68 unserer bisherigen Angebote halten und erweitern zu können.

69 Vom Kita- zum Schulkind: Übergänge besser gestalten

70 Gute Übergänge sind entscheidend für die Bildungschancen jedes Kindes. Dies gilt
71 insbesondere für den Übergang zwischen Kita und Grundschule.

72 Die Intensivierung der Bildungspartnerschaft zwischen Kitas und Grundschulen,
73 wie wir sie im neuen Kita-Gesetz festgelegt haben, war bereits ein wichtiger
74 Schritt in diese Richtung. Auch bei der Schuleingangsuntersuchung sollte ein
75 größeres Augenmerk auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes gelegt werden.
76 Wir streben an, dass auch jahrgangsübergreifend Lerngruppen gebildet werden
77 können, um noch besser auf die individuellen Phasen in der Entwicklung der
78 Kinder eingehen zu können.

79 Bildung für Nachhaltige Entwicklung

80 Mit der Fridays for Future-Bewegung haben insbesondere Schüler*innen erreicht,
81 dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit wieder stärker beachtet werden. Es ist in
82 unserer Verantwortung, unsere Zukunft zu sichern und deshalb dem Klima-, Umwelt-
83 und Naturschutz bereits bei der Bildung einen wichtigen Stellenwert einzuräumen.

84 Mit der Schulgesetznovelle ist es uns gelungen, die Förderung des
85 Verantwortungsbewusstseins für Natur, Umwelt und die globalen
86 Nachhaltigkeitsziele zum festen Auftrag der Schulen zu machen. Wir werden
87 sicherstellen, dass die Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Lehrplänen
88 aller Schulen sowie in allen Phasen der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften
89 verankert wird.

90 Gutes Essen in Kitas und Schulen

91 Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in Kita und Schule und essen auch
92 dort. Mit dem Ausbau von Ganztageseinrichtungen wird ein gesundes Mittagessen
93 immer wichtiger. Wir wollen vollwertiges und altersgerechtes Essen in allen
94 Schulen und Kitas im Land anbieten und garantieren können, dass alle Kinder und
95 Jugendlichen eine warme Mahlzeit erhalten. Unser Ziel ist ein gesundes,
96 nachhaltiges und genussvolles Mittagessen, bei dem mindestens 30 Prozent der
97 Produkte aus ökologischer und 50 Prozent aus regionaler Herkunft stammen.
98 Selbstverständlich sollen Fair-Trade Produkte eingesetzt und die Standards der
99 Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) eingehalten und auch vegetarische
100 Auswahlmöglichkeiten angeboten werden.

101 Die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung des Landes, die Kitas und
102 Schulen, aber auch andere Einrichtungen über gesunde und nachhaltige Ernährung
103 informiert und berät, werden wir stärken.

104 Gemeinsam mit den Schulträgern werden wir eine Offensive für eine Qualifizierung
105 als Ernährungs-Kitas und -Schulen starten. Diese Qualifizierung garantiert eine
106 gesunde, nachhaltige und genussreiche Ernährung, Eltern und Kinder werden über
107 Ernährungsbeiräte an der Essenauswahl beteiligt.

108 Ernährungsbildung und die Förderung von Ernährungskompetenz wollen wir
109 verbindlicher in Kitas und Schulen verankern. Eine nachhaltige Ernährungsbildung
110 muss auch die Kenntnis über den ökologischen Fußabdruck von Lebensmitteln
111 vermitteln und über die Klimabilanz, den Ressourcenverbrauch, regionale und
112 globale Folgen unserer Nahrungsbeschaffung aufklären. Wir wollen, dass unsere
113 Kinder auch in Zukunft wissen, wie und wo Lebensmittel angebaut und hergestellt
114 werden. Deswegen werden wir Programme unterstützen und ausbauen, in denen Kinder
115 und Jugendliche spielerisch Lebensmittel kennenlernen und erfahren, wie sie
116 angebaut werden.

117 Schule als Lebensort: Bei uns macht Ganztags Schule

118 Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf endet nicht mit dem
119 Beginn der Schulzeit. Gerade beim Übergang von der Kita in die Schule sind
120 Eltern auf die Förderung ihrer Kinder in Ganztagschulen und auf verlässliche
121 Betreuungszeiten angewiesen. Deshalb werden wir in Rheinland-Pfalz die
122 Ganztagsangebote der Schulen weiter ausbauen. Ganztagschulen schaffen den Raum
123 und die Zeit für mehr individuelle Förderung. Nach den Belastungen durch die
124 Schul- und Kitaschließungen in der Corona-Krise wollen wir durch den Ausbau des
125 Ganztagsangebots Familien besser unterstützen.

126 Wir wollen, dass die Schulen wohnortnah und flächendeckend Ganztagsangebote
127 machen. Dadurch wollen wir den Kindern bessere Lernbedingungen ermöglichen und
128 den Übergang von der Kita in die Schule für Familien verträglich gestalten.
129 Deshalb hat für uns der flächendeckende Ausbau an den Grundschulen Vorrang.

130 Dabei wollen wir eine gute Versorgung auch in ländlichen Regionen gewährleisten
131 und die Sicherung und Entwicklung kleiner Schulstandorte unterstützen.

132 Eine Abwechslung im Tagesverlauf verbessert die Bedingungen für das Lernen und
133 die Entwicklung der Kinder. Überall, wo die Anmeldezahlen das möglich machen,
134 wollen wir Ganztagsklassen einrichten, in denen Schulunterricht, freie
135 Arbeitsphasen, Bewegung und freie Zeiten über den ganzen Tag verteilt sind.

136 Wir legen Wert auf gute pädagogische Konzepte, qualifiziertes Personal und die
137 Gestaltung der Lern- und Erholungsräume. Gute Bildung und Betreuung steht und
138 fällt nicht zuletzt mit dem Schulgebäude. Daher muss das Land den Schulträgern
139 Mittel für den Bau und die Modernisierung der Schulgebäude prioritär
140 bereitstellen. Der Wechsel zwischen Unterricht und Freizeit entlang der
141 Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen braucht Platz und entsprechende Räume.
142 Deshalb ist neben der Schulentwicklungsplanung eine Entwicklungsplanung für die
143 Schulbauten erforderlich. Dabei müssen auch die künftigen Nutzer*innen, das
144 Schulpersonal, die Schüler*innen und deren Eltern einbezogen werden.

145 Im Sinne einer gesunden Lernumgebung setzen wir uns daher für nachhaltige
146 Schulbauten nach ökologischen Standards ein sowie für barrierefreie und an
147 inklusivem Unterricht ausgerichtete Schulgebäude. Dort gibt es Arbeits- und
148 Aufenthaltsräume, Bewegungs-, Rückzugs- und Begegnungsflächen, in denen sich
149 Lehrer*innen und Schüler*innen gleichermaßen wohl fühlen. Schulgebäude müssen
150 frei von schadstoffbelasteten Baustoffen sein, die die Gesundheit
151 beeinträchtigen können. Neubauten sowie Sanierungen bestehender Schulbauten
152 müssen nachhaltig geplant und gebaut werden. Wir wollen ein Programm auflegen,
153 um die Schulträger bei der naturnahen Gestaltung und Entsiegelung von Schulhöfen
154 zu unterstützen. Dazu wollen wir das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB für
155 Schulbauten sämtlicher Träger verpflichtend einführen.

156 Perspektivisch sollen sich Schulgebäude zu Bildungs- und Teilhabezentren
157 entwickeln, die auch an den Wochenenden und in den Ferien genutzt werden können.

158 Mit uns weiter ins digitale Zeitalter

159 Wir wollen, dass Schüler*innen auch mit Blick auf die fortschreitende
160 Digitalisierung auf der Höhe der Zeit ausgebildet werden. In den vergangenen
161 Wochen und Monaten erfuhr die digitale Bildung einen enormen Schub: Die
162 Pandemiekrise hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, wo wir bei der
163 Digitalisierung im Bildungsbereich stehen und in welcher Richtung wir mit großen
164 Schritten vorankommen müssen. Die Digitalisierung ist eine Chance für die
165 Weiterentwicklung und für eine sinnvolle Ergänzung des Präsenzunterrichts, aber
166 sie kann diesen nicht ersetzen. Deshalb treten wir für die Aufrechterhaltung des
167 Präsenzunterrichts ein, wenn nicht zwingende Gründe Einschränkungen als letztes
168 Mittel erforderlich machen. Wir werden dafür sorgen, dass Schulen mit der
169 entsprechenden Infrastruktur und dem entsprechenden Know-how die Digitalisierung
170 der Bildung dynamisch weiter voranbringen und die Schüler*innen entsprechend
171 profitieren können.

172 Im Rahmen der Schulgesetz-Novelle haben wir wichtige Grundlagen für digitale
173 Lehr- und Lernsysteme als Bestandteil des regulären Unterrichts geschaffen.
174 Unser Ziel ist, Schüler*innen kritisch-reflexiv an die neuen Technologien
175 heranzuführen sowie Lerninhalte interaktiv entlang ihrer Lebenswelt zu
176 vermitteln. Hierfür brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur, technischen

177 Support und fitte Lehrkräfte. Wir werden für eine verpflichtende fortwährende
178 Weiterbildung von Schulleitungen und Lehrkräften im digitalen Bereich sorgen und
179 machen uns stark dafür, dass die Finanzierung einer besseren digitalen
180 Ausstattung der Schulen mit Bundesmitteln fortgeführt wird.

181 Mit der kostenfreien Schulbuchausleihe für Familien mit geringem Einkommen
182 leisten wir einen Beitrag zu einem gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem.
183 Dieses Angebot wollen wir auf Laptops und Tablets einschließlich des
184 erforderlichen Supports erweitern, damit auch bei der digitalen Bildung kein
185 Kind zurückbleibt. Ergänzend zur Schulbuchausleihe muss das Land die Lizenzen
186 für digitale Lernmedien erwerben und zur Verfügung stellen. Auch die verstärkte
187 Nutzung von Open Educational Resources wollen wir vorantreiben.

188 Länger miteinander und voneinander lernen

189 Die Anmeldezahlen der vergangenen Jahre beweisen es: Die Integrierten
190 Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz sind sehr beliebt. Es mangelt ihnen jedoch an
191 genügend Plätzen, um alle interessierten Schüler*innen aufzunehmen. Wir wollen
192 das ändern und die Integrierten Gesamtschulen ausbauen.

193 Wir wollen die 5. und 6. Klassen zu echten Orientierungsstufen mit maximal 25
194 Schüler*innen pro Klasse umbauen. Auf diese Weise gewinnen Eltern und Kinder
195 Zeit, sich zu orientieren und zu entwickeln und sind in der Lage, eine wirklich
196 gute Entscheidung über die weitere Schullaufbahn zu treffen. Daher unterstützen
197 wir Gymnasien und Realschulen Plus beim Aufbau von gemeinsamen
198 Orientierungsstufen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schulwechsel nur noch
199 auf freiwilliger Basis erfolgen. Schulen werden künftig für alle ihnen
200 anvertrauten Schüler*innen die Verantwortung übernehmen und sie individuell und
201 ihrer Begabung entsprechend bis zum Schulabschluss fördern.

202 Bildung für eine inklusive Gesellschaft

203 Unser Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen einen Abschluss bekommen und
204 so ausgebildet werden, dass sie am sozialen und kulturellen Leben in Rheinland-
205 Pfalz teilhaben können. Grundsätzlich sollen alle Schulen inklusiv arbeiten. Wir
206 wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass möglichst alle Kinder zunehmend
207 gemeinsam in Regeleinrichtungen lernen.

208 Individuelle Förderung bedeutet auch, die Leistungen von Kindern mit
209 Benachteiligungen – wie beispielsweise eine Lese- und Rechtschreibschwäche –
210 angemessen zu honorieren. Um allen betroffenen Kindern gerecht zu werden,
211 braucht es einheitliche, transparente Regelungen zum Nachteilsausgleich. Sprach-
212 und Förderprogramme wollen wir ausbauen und dafür sorgen, dass Förder- und
213 Integrationskräfte zielgerichtet eingesetzt werden.

214 Damit alle Kinder bestmöglich individuell gefördert werden und lange gemeinsam
215 lernen können, brauchen wir Ressourcen, die diesem Anspruch Rechnung tragen. Im
216 Rahmen eines sozialindikatorgestützten Finanzierungssystems wollen wir vor allem
217 dort zusätzlich investieren, wo die Bedarfe besonders hoch sind. Inklusive
218 Schulen brauchen mehr Personal, mehr Räume und mehr Beratung. Gerade sie sollen
219 mehr und mehr die Möglichkeit haben, Lerngruppen zu verkleinern,
220 Doppelbesetzungen zu realisieren und eigenverantwortlich multiprofessionelle
221 Teams aus Lehrer*innen, Schulsozialarbeit*innen und Förderlehrkräften zu bilden.

222 Lehrkräfte entlasten – Schulleitungen stärken

223 Erziehungsrbeit ist Beziehungsarbeit. Schüler*innen aller Altersstufen und
224 Lehrkräfte profitieren von einem Schulalltag, in dem alle am Schulleben
225 Beteiligten Zeit füreinander haben. Wir werden unseren Lehrkräften die
226 Möglichkeit geben, sich ihren Schüler*innen intensiv widmen zu können. So wollen
227 wir mehr Lehrkräfte einstellen, Schulen zunehmend die Möglichkeit geben, in
228 Eigenverantwortung Lerngruppen zu verkleinern und Doppelbesetzungen zu
229 realisieren sowie Möglichkeiten prüfen, Lehrdeputate schrittweise zu senken. Die
230 Förderung der Schulsozialarbeit werden wir auf alle Schulformen ausweiten.

231 Die Arbeit der Schulleitungen wird immer vielschichtiger. Im Rahmen einer
232 Qualifizierungsoffensive für Schulleitungen wollen wir sie insbesondere in den
233 Bereichen Personal- und Organisationsmanagement unterstützen und durch die
234 Einstellung von Verwaltungsfachkräften entlasten.

235 Demokratie lernen und leben

236 Wir wollen die schulische Demokratiebildung stärken, damit Schulen nicht nur
237 Wissen über Demokratie im Fachunterricht vermitteln, sondern auch Orte der
238 Demokratieerfahrung sind, an denen Kinder und Jugendliche demokratische
239 Handlungskompetenzen entwickeln. Deshalb haben wir das Mitspracherecht der
240 Schüler*innen im Rahmen der Schulgesetznovelle deutlich ausgebaut. Wir streben
241 neben der regelmäßigen Beteiligung im Klassenrat auch die Mitgestaltung des
242 gesamten Schullebens durch die Schüler*innen in einem drittelparitätisch
243 besetzten Schulparlament (Eltern, Lehrkräfte, Schüler*innen) an. Die Erfahrung,
244 dass es sich lohnt, sich einzubringen, soll zur Beteiligung und zum Engagement
245 im kommunalen und gesellschaftlichen Umfeld motivieren. Demokratiebildung hat
246 auch eine präventive Wirkung gegen Gewalt und Demokratiefeindlichkeit. Wir
247 unterstützen und bestärken Schulen darin, sich noch stärker gegen
248 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu engagieren. Hierzu verstärken wir die
249 Förderung von Demokratie-Bildungsprojekten an Schulen. Gegen die Ausbreitung von
250 Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit setzen wir auf
251 medienpädagogische politische Bildung.

252 Eigenverantwortung der Schulen ausbauen

253 Darüber hinaus wollen wir, dass die Schulen mehr Eigenverantwortung bekommen und
254 die Personalautonomie gestärkt wird. Schulen sollten künftig Gelder zur
255 Verfügung gestellt bekommen, beispielsweise um Vertretungslehrkräfte oder
256 Schulsozialarbeiter*innen einzustellen. Auf diese Weise werden Schulen flexibler
257 und können schneller auf aktuelle Bedarfe und Engpässe reagieren. Wir wollen,
258 dass die Schulen mehr Freiheiten bei der Gestaltung ihrer Unterrichtsangebote
259 haben, um beispielsweise bei den Fremdsprachen, Philosophie oder mathematisch-
260 technischen Fächern eigene Schwerpunkte zu setzen. Auch die Schüler*innen sollen
261 die Möglichkeit bekommen, ihren Stundenplan stärker entlang ihrer Interessen zu
262 gestalten.

263 Wir Grüne unterstützen das Konzept der selbstständigen Schule und damit das
264 Verständnis von Schule als innovations- und experimentierfreudige lernende
265 Organisation. Den Schulen wollen wir zunehmend ermöglichen, beginnend mit den
266 unteren Klassenstufen auf Ziffernoten zu verzichten.

267 Lehramtsstudium modernisieren

268 Wir wollen die Ausbildung für das Lehramt den aktuellen Anforderungen im
269 Schulalltag anpassen. Unterrichten nach differenzierten Zielen und eine

270 inklusive Pädagogik ist für alle Schulen relevant. Daher streben wir ein
271 Stufenlehramt an, in dem nicht mehr nach Schulformen unterschieden wird, sondern
272 allein nach dem Alter der Schüler*innen. Dadurch stärken wir das
273 Grundschullehramt und die Grundlagen für eine bessere individuelle Förderung.
274 Diese Reform des Lehramtsstudiums ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu
275 einem einheitlichen Einstiegsgehalt für Lehrkräfte aller Schulformen.

276 Damit die Schulen der Bedeutung der musischen Bildung gerecht werden können,
277 muss das Land dafür sorgen, dass die benötigten Musiklehrer*innen ausgebildet
278 werden mit dem Ziel, dass jedes Kind ab der Grundschule ein Instrument erlernen
279 kann. Auch die Musikalische Grundbildung für alle Grundschullehrer*innen wollen
280 wir stärken.

281 Berufliche Bildung: Wir geben Chancen und Orientierung

282 Wir GRÜNE bekennen uns zur Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen
283 Bildung. Die duale Berufsausbildung und die Meisterqualifikation sind tragende
284 Säulen für die Ausbildung von Fachkräften. Zentraler Beitrag des Landes zu
285 unserem auch im internationalen Maßstab vorbildlichen System der dualen
286 Berufsausbildung sind die Bildungsangebote der Berufsbildenden Schulen. Außerdem
287 unterstützt die Duale Hochschule Rheinland-Pfalz (DHR) die Koordination eines
288 berufsbegleitenden Studiums, so dass Dual Studierende Praxis und Theorie
289 verzahnen können. Nicht nur die Energiewende und die Digitalisierung erfordern
290 Know-how. Deshalb wollen wir uns weiterhin nicht nur für den Erhalt des
291 Meisterbriefs einsetzen, sondern die Meisterausbildung analog zum Erststudium
292 flächendeckend kostenfrei anbieten.

293 Unsere Berufsbildenden Schulen sind wichtige Knotenpunkte. Hier werden nicht nur
294 junge Menschen auf dem neuesten Stand der Technik ausgebildet, sondern auch die
295 jeweiligen Ausbildungsgänge in Kooperation mit Unternehmen und Hochschulen
296 zukunftsweisend fortentwickelt. Wir wollen unsere Berufsschulen zu
297 Weiterbildungszentren ausbauen. Damit können auch Arbeitnehmer*innen von der
298 Infrastruktur vor Ort profitieren können und fit für den Arbeitsmarkt bleiben.
299 Für die Chancen junger Menschen sind die Übergänge von der Schule ins
300 Berufsleben entscheidend. Daher wollen wir die Berufsorientierung an Schulen
301 insgesamt, aber insbesondere an den Gymnasien deutlich ausbauen, um allen
302 Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung zu eröffnen.

303 Das Land und die Kommunen haben die gesellschaftliche Aufgabe, im Landesdienst
304 und in den Landesbetrieben, in der kommunalen Verwaltung, in den kommunalen
305 Gesellschaften und Betrieben ausreichend Ausbildungsplätze anzubieten. Des
306 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass die Ausbildungsleistung von Betrieben
307 bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt wird.

308 Die Offenheit und Durchlässigkeit der Bildungswege in Rheinland-Pfalz wird nicht
309 zuletzt durch die berufsbildenden Schulen gewährleistet. Sie ermöglichen alle
310 schulischen Qualifikationen, von Angeboten für Jugendliche ohne Abschluss bis
311 hin zur beruflichen Oberstufe. Diesen erfolgreichen Weg werden wir weitergehen,
312 dabei besonders Jugendliche ohne Abschluss begleiten und die Angebote in der
313 Ausbildungsvorbereitung ausbauen und stärken. Dazu gehört für uns auch eine
314 anrechnungsfähige Qualifizierung von Jugendlichen, die im Arbeitsmarkt
315 benachteiligt sind. Eine Reform des Übergangssystems soll alle Beteiligten
316 einbeziehen und einheitliche Anlaufstellen mit sozialpädagogischer

317 Unterstützungsstruktur anbieten. Zusätzliche Jugendberufsagenturen sollen
318 sicherstellen, dass Anlaufstellen flächendeckend aufgesucht werden können.

319 Erfolgreiche Hochschulen: offen, unabhängig, innovativ

320 Tiefgreifende Veränderungen werden das kommende Jahrzehnt prägen, wenn wir die
321 Erderwärmung aufhalten und gleichzeitig unsere Gesellschaft für alle lebenswert
322 gestalten möchten. Um diese Transformation zu meistern, brauchen wir eine starke
323 Forschungslandschaft und akademisch gut qualifizierte Fachkräfte.

324 Forschung in Rheinland-Pfalz: transparent und divers

325 In Zukunft möchten wir den Ausbau einer nachhaltigen und breiten
326 Grundlagenforschung an allen rheinland-pfälzischen Landesuniversitäten
327 unterstützen. Gleichzeitig müssen wir als Antwort auf die großen
328 gesellschaftlichen Herausforderungen wie beispielsweise Klimaschutz, den
329 digitalen Wandel und die demokratische Gesellschaftsentwicklung zukunftsweisende
330 Felder für Forschung und Entwicklung stärken und diese finanziell entsprechend
331 ausstatten.

332 Damit Forschungsergebnisse in Zukunft stärker in Wirtschaft, Gesellschaft und
333 Politik hineinwirken können, werden wir die Arbeitsweisen der Offenen
334 Wissenschaft stärken. Wir wollen Wissenschaftler*innen und Hochschulen dabei
335 unterstützen, Forschungsdaten, Laborberichte und andere Forschungsprozesse frei
336 zugänglich zu machen. Gleichzeitig möchten wir die Kooperation und Kommunikation
337 mit der interessierten Öffentlichkeit intensivieren. Wir unterstützen daher
338 bürgerwissenschaftliche Ansätze und möchten auch die Wissenschaftskommunikation
339 stärken.

340 Die Basis jedes Forschungsvorhabens muss Humanität, Transparenz und die Freiheit
341 der Wissenschaft sein. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer
342 Zivilklausel für die Forschung und die Offenlegung von Informationen über
343 Drittmittel an den rheinland-pfälzischen Hochschulen ein. In Verträgen mit
344 Drittmittelgebern müssen die Freiheit der Wissenschaft, die Unabhängigkeit der
345 Hochschulen und die Entscheidungsrechte der gewählten Gremien gesichert werden.
346 Für uns ist wichtig, dass nicht nur dort geforscht wird, wo ein wirtschaftlicher
347 Nutzen erwartet wird. Die freie Entfaltung der Wissenschaft soll auch unabhängig
348 von der Förderung durch Drittmittel möglich sein. Drittmittelforschung darf eine
349 solide Grundfinanzierung für Forschung und Lehre deshalb nicht ersetzen.

350 Mit der Hochschulgesetznovelle haben wir einen Rahmen gesteckt, der es
351 ermöglicht, Forschung und Lehre weitgehend ohne Tierversuche zu gestalten. Wir
352 werden die Hochschulen dabei unterstützen, das auch umzusetzen.

353 Auf dem Weg zur digitalen Hochschule

354 Eine Lehre aus der Corona-Pandemie ist, dass die Hochschulen weitere Mittel
355 benötigen, um den Anforderungen der digitalen Forschung und Lehre gerecht zu
356 werden. Wir wollen sie unterstützen, Konzepte zu entwickeln, damit E- und
357 Blended-Learning-Angebote das Präsenzstudium zunehmend ergänzen können. Durch
358 Investitionen in die technische Infrastruktur und die Einführung eines
359 landesweiten Organisationssystems wollen wir die Voraussetzungen für einen
360 echten Digitalisierungsschub schaffen. Landeslizenzen für die
361 Hochschulbibliotheken, um das Angebot an digitalen Beständen zu vergrößern, sind
362 ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Bei der Gestaltung der Räume müssen

363 digitale Anforderungen mitgedacht und in den Bibliotheken zusätzliche
364 Computerarbeitsplätze eingerichtet werden.

365 Strategische Hochschulentwicklung

366 Mit der Hochschulstrukturreform haben wir eine tiefgreifende Veränderung der
367 rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft angestoßen. Um diesen Prozess
368 erfolgreich zum Ziel zu führen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die
369 Empfehlungen der Expert*innen-Kommission realisiert und mit ausreichenden
370 finanziellen Mitteln unterstützt werden. Wir wollen, dass die neu formierten
371 Universitäten die Chance haben, sich als Innovationszentren in ihren Regionen
372 weiterzuentwickeln und sich durch ihr Profil einen Rang innerhalb der
373 bundesweiten Hochschullandschaft zu erarbeiten. Eine derart weitreichende
374 Neuordnung gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb setzen uns dafür ein, dass die
375 für diesen Prozess veranschlagten Mittel deutlich aufgestockt werden und auch
376 für die beteiligten Hochschulstandorte eine auskömmliche Grundfinanzierung
377 dauerhaft gewährleistet wird.

378 Über die Strukturreform hinaus müssen wir die finanzielle Ausstattung der
379 Hochschulen stärker priorisieren. Wenn das rheinland-pfälzische Hochschulsystem
380 leistungsfähig bleiben soll, müssen wir die Finanzierung schrittweise auf den
381 Bundesdurchschnitt anheben. Die Verteilung der Mittel muss transparent und nach
382 objektiven Kriterien erfolgen, die Anreize setzen und erbrachte Leistungen
383 honorieren. In diesen Prozess muss neben den Hochschulleitungen auch der Landtag
384 eingebunden werden. Die Entwicklungsplanung soll langfristig angelegt sein und
385 es ermöglichen ein starkes, differenziertes und regional vernetztes
386 Hochschulsystem für unser Bundesland zu entwickeln. Neben der finanziellen
387 Ausstattung wollen wir auch die Hochschulbauten in den Blick nehmen. Für Neu-
388 und Umbauten müssen in Zukunft neben Kriterien der Aufenthaltsqualität und der
389 technischen Ausstattung auch hohe ökologischen Standards gelten. Wir wollen
390 Hochschulen zunehmend ermöglichen, Bauprojekte in eigener Verantwortung
391 umzusetzen.

392 Studieren in Rheinland-Pfalz: selbstbestimmt und kostenfrei

393 Unser Leitbild ist das selbstbestimmte Studium. Deshalb haben wir uns
394 erfolgreich für eine Abschaffung der generellen Anwesenheitspflicht eingesetzt.
395 Damit zum Beispiel auch Berufstätige und Menschen mit Kindern vom Studienangebot
396 profitieren können, haben wir die Möglichkeit des Teilzeitstudiums im
397 Hochschulgesetz verankert. Damit dieses Modell zum Erfolg wird, wollen wir die
398 nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Parallel möchten wir die Entwicklung
399 von attraktiven Studienmodellen zur berufsbegleitenden Weiterqualifikation
400 unterstützen, um bessere Möglichkeiten für das lebenslange Lernen zu eröffnen.

401 Auch in Zukunft wollen wir die Vielstimmigkeit des wissenschaftlichen Diskurses
402 fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein breites Fächerspektrum
403 unabdingbar. Neben dem Erhalt kleiner Fächer setzen wir uns für eine stärkere
404 Integration des Studiums Generale insbesondere in der Studieneingangsphase ein,
405 um allen Studierenden des Landes Einblicke in fachfremde Studiengebiete zu
406 ermöglichen. In den Curricula der Studienangebote wollen wir die Bildung für
407 nachhaltige Entwicklung stärker verankern. Green Offices sollen die Ansätze zur
408 Stärkung der Wissenschaft für Nachhaltigkeit an den Hochschulen koordinieren,
409 unterstützen, und Nachhaltigkeitsstrategien erarbeiten.

410 Studierende tragen häufig eine enorme finanzielle Belastung. Deshalb setzen wir
411 uns für die Einführung einer Grundsicherung ein, die für Studierende als eltern-
412 , alters- und leistungsunabhängiger Vollzuschuss die Lebenshaltungskosten, die
413 Kosten des Studiums und die gesellschaftliche Teilhabe sichert.
414 Zweitstudiengebühren wollen wir abschaffen und den Hochschulen die
415 entsprechenden Ausfälle kompensieren. Gerade in den Universitätsstädten steigen
416 die Mieten stark. Deshalb setzen wir uns weiter für bezahlbare Wohnheimplätze
417 und den Ausbau des Angebots ein. Für Studierende mit Kindern möchten wir das
418 Angebot an Kita-Plätzen erhöhen. Unser Ziel ist, mindestens eine Kita pro Campus
419 anzubieten und studierende Eltern bei der Platzvergabe vorrangig zu behandeln.

420 Hin zum partizipativen Modell

421 Unsere Vision ist eine Hochschule, in der alle Gruppen gleichberechtigt im
422 Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten mitwirken können. Wir wollen den
423 Senat als demokratisch gewähltes Gremium stärken, das künftig auch die Aufgabe
424 haben soll, über den Haushalt der jeweiligen Hochschule zu beschließen. Die
425 Hochschulen sollen autonom darüber entscheiden, ob sie einen Hochschulrat
426 bilden. In den Gremien der Hochschulen wollen wir die Mitwirkungsmöglichkeiten
427 der nicht professoralen Statusgruppen ausbauen und hochschulweite,
428 gruppenübergreifende Abstimmungen ermöglichen.

429 Wissenschaftskarrieren sichern

430 Wir setzen alles daran, die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu
431 verbessern. Die unsägliche Praxis der Kettenbefristung wollen wir beenden.
432 Daueraufgaben müssen durch festangestelltes Personal erfüllt werden. Deshalb
433 setzen wir uns für eine Ausweitung von unbefristeten Stellen ein und machen uns
434 auf Bundesebene für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes stark.

435 Damit Wissenschaftskarrieren sicherer und planbarer werden, wollen wir Tenure-
436 Track-Stellen für den Mittelbau mit Schwerpunkten entweder in der Lehre
437 (Lecturer) oder in der Forschung (Researcher) nach dem Bremer Vorbild
438 einrichten. Auch die Situation der Doktorand*innen wollen wir verbessern. Mit
439 der neu geschaffenen Doktorand*innenvertretung haben wir ihre Stellung gestärkt.
440 Wir unterstützen außerdem die Einrichtung von Promotionskollegs, die
441 Doktorand*innen unterstützen und Möglichkeiten zum Austausch bieten.
442 Grundsätzlich brauchen wir mehr Qualifikationsstellen für Doktorand*innen.

443 Auch im Wissenschaftssystem wollen wir strukturelle Benachteiligungen abbauen.
444 Mit der Novelle des Hochschulgesetzes haben wir die Gleichstellung an den
445 Hochschulen gestärkt. Ein großer Erfolg ist die gesetzliche Verankerung des
446 Kaskadenmodells. Dabei wird das Ziel des Frauenanteils einer wissenschaftlichen
447 Karrierestufe fachspezifisch durch den Frauenanteil auf der direkt
448 darunterliegenden Qualifizierungsstufe festgelegt. Um die Erhöhung des
449 Frauenanteils weiter voranzutreiben wollen wir ein Landesprofessorinnenprogramm
450 auflegen. Auch für die Erhöhung des Frauenanteils im wissenschaftlichen Betrieb
451 werden verbindliche Quoten gebraucht, um die Gleichstellung tatsächlich
452 durchzusetzen. Deshalb wollen wir auf der Grundlage des Kaskadenmodells
453 verbindliche fachbezogene Zielquoten etablieren.

454 Neben einer Stärkung der Forschung wollen wir die Profilierung der rheinland-
455 pfälzischen Hochschulen durch eine herausragende Lehre unterstützen. Deshalb
456 soll bei der Besetzung von Professuren die Lehrqualifikation neben Leistungen in

457 Forschung und Entwicklung gleichrangiges Kriterium sein. Alle neu in der Lehre
458 tätig werdenden Wissenschaftler*innen sollen vor Beginn der Lehrtätigkeit und
459 begleitend zu den ersten Veranstaltungen ein Fortbildungsprogramm durchlaufen,
460 das ihnen das nötige hochschuldidaktische Werkzeug mit an die Hand gibt.

461 Grenzenlose Wissenschaft in Europa und der Welt

462 Eine attraktive Hochschullandschaft ist nicht nur regional, sondern auch
463 international vernetzt. Mit einer gemeinsamen Internationalisierungsstrategie
464 wollen wir die Hochschulen nicht nur in der Gewinnung ausländischer
465 Student*innen unterstützen, sondern auch bei Berufungsverfahren und dem
466 Austausch des akademischen Mittelbaus. Die europäischen Initiativen rheinland-
467 pfälzischer Hochschulen wollen wir unterstützen und ausbauen. Gerade in einer
468 immer komplexer werdenden Welt - in einer Welt, in der die Freiheit der
469 Wissenschaft immer weiter bedroht wird - ist dieser Austausch dringend
470 notwendig. Es soll außerdem ein Stipendienprogramm für bedrohte und verfolgte
471 Wissenschaftler*innen geben.

472 Weiterbildung: Neue Perspektiven – Neue Horizonte

473 Grüne Weiterbildungspolitik steht für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe.
474 Ob aus privatem Interesse oder zur beruflichen Qualifizierung – die rheinland-
475 pfälzischen Weiterbildungseinrichtungen eröffnen neue Perspektiven und neue
476 Horizonte. Deshalb haben wir die Förderung der Volkshochschulen und der
477 anerkannten Weiterbildungsorganisationen ausgebaut und erhöht.

478 Zur Bewältigung des digitalen Wandels im Berufsleben brauchen wir weiterhin eine
479 starke Erwachsenenbildung, damit auch die Arbeitnehmer*innen mit den
480 Veränderungen Schritt halten können. Daher wollen wir QualiScheck als breit
481 angelegtes Programm zur Förderung beruflicher Weiterbildung fortführen. Auch die
482 Möglichkeiten der Freistellung wollen wir bekannter machen, damit mehr
483 Berufstätige bezahlten Bildungsurlaub in Anspruch nehmen können.

484 Wir werden die Weiterbildungseinrichtungen dabei unterstützen, mit digitalen
485 Formaten zu experimentieren und das digitale Angebot auszubauen. Auch die sich
486 schnell entwickelnde Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt muss zunehmend
487 Gegenstand der Weiterbildungsangebote in unserem Land sein.

488 Gemeinsam mit den Volkshochschulen und Weiterbildungsorganisationen haben wir
489 Grundbildung und Alphabetisierung zu einem Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen
490 Weiterbildungspolitik gemacht. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen, weil
491 sie die Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe stärken.

492 Auch Menschen ohne Schulabschluss verdienen im Rahmen der Weiterbildung eine
493 zweite Chance. Wir wollen die Weiterbildungszentren gezielt unterstützen, damit
494 Schulabschlüsse nachgeholt werden können. Diese Bildungsabschlüsse sollen
495 kostenfrei sein, damit alle dieses Angebot auch nutzen können. Um jungen
496 Erwachsenen ohne Schulabschluss oder Ausbildungsverhältnis Zugänge zu Ausbildung
497 und qualifizierter Beschäftigung zu eröffnen wollen wir ihnen das Recht auf
498 Beschulung bis zum 25. Lebensjahr einräumen.

499 Auch bei der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe der zugewanderten
500 Menschen leisten die rheinland-pfälzischen Weiterbildungsträger einen
501 unverzichtbaren Beitrag.

502 Alle diese wichtigen Aufgaben lasten auf den Schultern der zumeist prekär
503 beschäftigten Dozent*innen. Von den Folgen der Corona-Krise wurden viele
504 Honorarkräfte in der Weiterbildung besonders hart getroffen und die Defizite bei
505 der Beschäftigungssituation und der sozialen Absicherung sind deutlich sichtbar
506 geworden. Wir GRÜNE wollen anregen, auf Landesebene ein Leitbild für gute
507 Beschäftigung in der Weiterbildung zu entwickeln, um die Bedingungen für
508 Weiterbildner*innen zu verbessern.